

Ministerpräsident Steinbrück:

„LAGA wichtiger Partner für Politik“

Neue Anstrengungen für ein modernes Zuwanderungsrecht!

Anlässlich der jährlichen Mitgliederversammlung der LAGA NRW kam am 29. November 2003 auch Ministerpräsident Peer Steinbrück nach Hagen. Ein gutes Jahr nach seinem Amtsantritt als nordrhein-westfälischer Regierungschef, das für ihn durch einige politische Turbulenzen geprägt war, forderte der SPD-Politiker ein modernes Zuwanderungsgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Deutschland müsse seine Rolle als Einwanderungsland endlich akzeptieren. Wer Integration wolle, brauche auch die gesetzlichen Grundlagen. Einwanderung müsse gesteuert werden.



Delegierte der Mitgliederversammlung der LAGA NRW

Vor den Delegierten lobte Steinbrück die „konstruktive Politik“ der LAGA NRW. Für die Landesregierung sei die LAGA ein wichtiger und verlässlicher Ansprechpartner, der wichtige Impulse für die Gestaltung einer modernen

Integrationspolitik gebe. Außerdem befassten sich die Delegierten in Hagen u.a. mit der drohenden „Verbannung“ des türkisch-sprachigen Senders TRT-INT aus dem NRW Kabelnetz. *Dazu mehr auf Seite 4 und 7.*

Mehr politische Partizipation NRW-Ministerium veröffentlicht Handlungsempfehlungen

Nach fast zwei Jahren Diskussion und zähen Verhandlungen mit den Landtagsfraktionen sowie dem Innenministerium und den kommunalen Spitzenverbänden, können die Ausländerbeiräte in den Kommunen durch Integrationsräte ersetzt werden. Innenminister Behrens informierte die Stadtoberhäupter im Land darüber, dass eine Genehmigung im Sinne der Experimentierklausel der Gemeindeordnung (§ 126) möglich ist, sofern bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Diese sind in den Handlungsempfehlungen des Ministeriums nachzulesen.

Die LAGA NRW hat einen Musterantrag formuliert, der komplett genehmigungsfähig ist. Es kommt nun darauf an, dass die Kommunalpolitiker in den Räten mitziehen. Wir erläutern ausführlich die Schritte, die zu einer raschen Verbesserung der politischen Partizipation der Migranten führen können. *Mehr Seite 2+3*

Akzeptanz von Minderheiten Neue Studie von Wilhelm Heitmeyer

Der bekannte Bielefelder Sozialwissenschaftler warnt in seiner neuesten Studie vor steigenden Vorurteilen und Gewaltbereitschaft gegenüber Minderheiten. Ein zunehmender Teil der Bevölkerung teile Auffassungen, wonach Juden die Nazi-Verbrechen nun zu ihrem Vorteil ausnutzen oder Ausländer in Deutschland zu große Privilegien genießen. Dies geht Besorgnis erregender Weise einher mit einer höheren Gewaltbereitschaft gegenüber Minderheiten.

Heitmeyer erklärt die gefährliche Tendenz mit einer politischen Grundstimmung, in der immer mehr Politiker der sogenannten Mitte solche Ansichten – dosiert zwar – verbreiten. So würden diskriminierende Vorstellungen immer mehr zur Normalität. Eine „gefährliche Normalität“, wie Heitmeyer selber konstatiert. *Heitmeyer, Wilhelm; Soeffner, Hans G.: Gewalt, Neue Entwicklungen und alte Analyseprobleme, Edition Suhrkamp, 13 Euro*

AUS DEM INHALT:

Editorial

Integrationsrat
statt
Ausländerbeirat

Chance. nrw –
junge Migranten
als Vorbilder

Wahlverhalten von
Eingebürgerten
im Wandel?

Interkulturelle
Stadtentwicklung

Neue Publikationen

Impressum

Januar 2004

Mehr politische Mitbestimmung

Erläuterungen zur Schaffung von Integrationsräten

In der letzten Woche vor den Weihnachtsferien 2003 erreichte die Bürgermeister und Oberbürgermeister der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ein Schreiben des Innenministers Dr. Fritz Behrens. Darin informierte er die Verwaltungschefs über die Einigung der kommunalen Spitzenverbände, der LAGA NRW und seines Hauses auf einheitliche Handlungsempfehlungen zur Experimentierklausel der Gemeindeordnung (§ 126), um Ausländerbeiräte z.B. durch Integrationsräte zu ersetzen.

Insgesamt zielen die Handlungsempfehlungen auf eine höhere politische Beteiligung der Migrantenvertretungen in die örtliche Kommunalpolitik. Mögliche Vorgehensweisen zur engeren Abstimmung von Stadträten und Ausländerbeiräten werden ebenso dargestellt wie die eindeutige Zulässigkeit von Briefwahl bei der Wahl der Migrantenvertretungen. Viele von der LAGA NRW schon lange eingeforderte Neuerungen finden also ihren Niederschlag in den Empfehlungen des Innenministeriums.

Integrationsräte schaffen

Allerdings liegt es in der Natur der Sache, dass das Ministerium in den Empfehlungen die Form der Migrantenvertretung offen lässt. Die LAGA NRW hat eine eindeutige Position: Der Vorstand der LAGA empfiehlt seinen Mitglieder Anträge auf Umwandlung des bestehenden Ausländerbeirates in einen Integrationsrat zu stellen. Dazu ist in der LAGA-Geschäftsstelle ein Musterantrag erarbeitet worden. Kern des Antrages ist

die Schaffung eines Gremiums, in dem einerseits direkt gewählte Migrantenvertreter wie auch von den Stadträten bestimmte Ratsmitglieder zusammen kommen.

Entscheidungskompetenzen bei der Verteilung von Fördergeldern für Migrantenorganisationen, die wichtige Integrationsarbeit leisten, wird beantragt, ebenso wie ein Mitspracherecht des Integrationsrates bei allen wichtigen Fragen der Integrationspolitik. Steht also ein Antrag zur Frage der Sprachförderung bei Kindern in Kindergärten und Schulen an, muss der Integrationsrat an der Entscheidungsfindung beteiligt werden. Das ist ein ganz

normales Verfahren, wenn mehrere Ratsausschüsse von Entscheidungen betroffen sind.

Zusammensetzung des Integrationsrates

Die Größe des Gremiums ist abhängig von der Größe der Gemeinde. Doch grundsätzlich fordert der Musterantrag der LAGA ein Verhältnis von zwei Dritteln direkt gewählten Migrantenvertretern zu einem Drittel Ratsmitglieder. Während die Ratsmitglieder aus der Mitte des Stadtrates entsandt werden, werden die Migrantenvertreter wie bisher bei einer Urwahl ermittelt.

Anders als bisher sollen auch Deutsche, eingebürgerte Migranten oder gebürtige Deutsche, das aktive Wahlrecht haben. Bisher durften Eingebürgerte bzw. Deutsche nur kandidieren, aber keine Stimme abgeben. Ebenso sollen die Mitglieder des Integrationsrates persönliche Vertreter haben. Diese haben

bei Verhinderung des gewählten Mitgliedes die Möglichkeit mit Rede- und Stimmrecht an den Sitzungen teilzunehmen. Dadurch wird eine höhere Kontinuität der Arbeit gewährleistet.

Eigene Haushaltsmittel

Ein weiterer wichtiger Punkt im LAGA-Musterantrag ist die Festschreibung von gewissen Haushaltsmitteln, über deren Verteilung der Integrationsrat selber entscheiden kann. Es handelt sich dabei um die Mittel, die in vielen Kommunen zur Förderung von Selbstorganisationen der Migranten bereitgestellt werden. Der Stadtrat setzt demnach nur noch den Rahmen fest, während der Integrationsrat nach Beratung über die Aufteilung der Summe entscheiden soll.

Ebenso wird ein Mitspracherecht des Gremiums bei der Besetzung der Geschäftsführung gefordert.

Anträge rechtzeitig stellen

Kommunale Migrantenvertretungen sollten möglichst rasch die Diskussion über die Umwandlung des Gremiums in einen Integrationsrat diskutieren. Der Musterantrag der LAGA NRW ist über das Internet oder die Geschäftsstelle erhältlich. Erfahrungen zeigen, dass die politisch Verantwortlichen in den Kommunen schon im Vorfeld eines Antrages aus dem Ausländerbeirat über die Diskussion informiert werden sollten. So ist eine möglichst rasche Entscheidung möglich.

Dies ist besonders wichtig, um die in den Städten verabschiedeten Anträge an das Innenministerium zur Genehmigung weiter zu leiten. Der LAGA Musterantrag ist nach den Handlungsempfehlungen komplett genehmigungsfähig. Kommunen, die im Rahmen der Experimentierklausel der Gemeindeordnung diesen Antrag stellen, können von einer Genehmigung ausgehen.

Info:

**Umwandlung des Ausländerbeirates in einen Integrationsrat
Musterantrag der LAGA NRW als Datei unter:**

www.laga-nrw.de/archiv/musterantrag.pdf
oder über die Geschäftsstelle.



Liebe Leserin, lieber Leser,

ein ereignisreiches Jahr 2004 liegt vor uns. Dabei dürfen wir optimistisch sein. Unser aller Anliegen, die politische Partizipation der Migranten voran zu bringen, scheint in Nordrhein-Westfalen ein gutes Stück voran zu kommen. Schließlich konnten sich die kommunalen Spitzenverbände mit der LAGA NRW unter Federführung des Innenministeriums auf Handlungsempfehlungen zur Experimentierklausel der Gemeindeordnung (§ 126) einigen. Dabei steht die bessere Einbindung der kommunalen Migrantenvertretungen in die Kommunalpolitik vor Ort im Mittelpunkt. Das ist ein Schritt von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Alle Beteiligten haben anerkannt, dass die Verzahnung von Migrantenvertretung und Rat besser werden muss, weil sie entscheidend ist für das Gelingen von Integration. Integrationspolitik ohne die betroffenen Migranten als mitbestimmende Subjekte ist schlicht keine.

Die LAGA NRW ist aber der Auffassung, dass eine solche Verbesserung nur erreicht werden kann, wenn die formalen Strukturen eine enge Verzahnung mit der Kommunalpolitik befördern. Neuer Wein in alten Schlächen ist nicht zu empfehlen!

Die Ersetzung der Ausländerbeiräte durch Integrationsräte ist Voraussetzung für eine höhere politische Partizipation. Der Integrationsrat soll nach LAGA-Vorstellungen ein Gremium



sein, in dem stimmberechtigte Migrantenvertreter mit stimmberechtigten Ratsmitgliedern über alle Belange der Integrationspolitik diskutieren und entscheiden! Nur so erhält das Gremium das Gewicht, das es braucht, um die Interessen der Migranten an die Politik zu bringen – und dann zu guten Lösungen zu kommen. Natürlich hätte sich die LAGA eine durch die Gemeindeordnung festgelegte einheitliche Regelung für alle Städte gewünscht. Das war nicht möglich.

Es kommt nun auf die Aktivitäten der kommunalen Migrantenvertretungen in den einzelnen Städten und Gemeinden an, die Umwandlung zu forcieren. Ein Musterantrag der LAGA NRW ist über das Internet problemlos zu beziehen. Daran muss sich eine intensive, aber nicht endlose Debatte anschließen, damit noch rechtzeitig vor der nächsten Wahl die Umwandlung vom Rat beschlossen werden kann.

Auch die LAGA NRW wird die Debatte weiter führen. Zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung führen wir insgesamt fünf Diskussionsveranstaltungen durch, die über den Sinn und Zweck der Integrationsräte informieren. Wir lassen nicht locker!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein frohes und erfolgreiches Neues Jahr 2004!

Tayfun Kelttek

Ihr Tayfun Kelttek

Diskussionsstand in einzelnen Kommunen

In Herne hat der Stadtrat auf Empfehlung des Ausländerbeirates einstimmig beschlossen, den Ausländerbeirat durch einen Integrationsrat zu ersetzen.

In Bergkamen, Bielefeld, Dinslaken, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen, Gütersloh, Hattingen, Köln, Mönchengladbach, Mülheim a.d. Ruhr, Rheine, Siegen, Solingen kann man davon ausgehen, dass ein Antrag auf Genehmigung eines Experimentes gestellt wird. In diesen Städten sind entsprechende Empfehlungen der Ausländerbeiräte gegeben worden.

LAGA stellt Integrationsrat vor Informationsveranstaltungen mit der Landeszentrale für politische Bildung

Unter dem Motto: „Der kürzeste Weg zur Integration: Politische Partizipation“ fand am 19. Januar 2004 in Mülheim an der Ruhr die Auftaktveranstaltung einer Informationsreihe statt, die die LAGA NRW in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung durchführt. In weiteren vier Städten im Land wird bis Mitte Februar für die Schaffung eines Integrationsrates geworben. Die Veranstaltungen richten sich insbesondere an die örtlichen Ratsmitgliedern, die letztlich über die Anträge auf Umwandlung zu entscheiden haben.

Die Termine:

- 26. Januar 2004, 14 Uhr, Aachen, Rathaus
- 2. Februar 2004, 14 Uhr, Bielefeld, Rathaus
- 9. Februar 2004, 14 Uhr, Dortmund, Rathaus
- 16. Februar 2004, 14 Uhr, Köln, Rathaus



Dokumentation Auszüge aus der Rede des Ministerpräsidenten Peer Steinbrück im Wortlaut:

Zuwanderungsgesetz bald verabschieden

Die Steuerung und Regulation von Zuwanderungen sowie die Integration der Menschen, die bei uns leben, sind eine wichtige Aufgabe von Staat und Gesellschaft, von Bund, Ländern und Kommunen. Wenn wir alles sich selbst überlassen, führt das zu Spannungen und Konflikten. Mit dem Zuwanderungsgesetz wurde erstmalig in Deutschland eine Gesamtkonzeption sowie ein Mindestrahmen staatlicher Integrationsangebote und Gegenleistungs- und Erwartungshaltung für Zuwanderinnen und Zuwanderer vorgelegt. (...) Was wir brauchen, ist eine differenzierende und lenkende Migrationspolitik. Wir wollen das friedliche Zusammenleben unter Wahrung der jeweiligen Identität, Kultur und Religion der Zuwanderer und Platz für Fortentwicklungen auf beiden Seiten. (...)

Wir halten es für richtig und wichtig, dass die Zuwanderer genauso aktiv an den Integrationsprozessen beteiligt sind und beteiligt werden müssen wie die aufnehmende Gesellschaft. Das verlangt Aktivitäten und Leistungen von beiden Seiten. Wichtig ist, dass der Wille zum Zusammenleben und zu Kontakten besteht, wichtig ist, dass Zuwanderer ihre Interessen und Wünsche einbringen können und wichtig ist, dass sie an den Entscheidungen in Politik und Gesellschaft teilhaben können. Denn nur wer sich akzeptiert und anerkannt fühlt, kann sich auf Neues einstellen.

Integrationsoffensive und politische Partizipation

Das Land Nordrhein-Westfalen – Landesregierung und Landtag – hat in den letzten Jahren ein ganzheitliches und breit gefächertes Integrationsprogramm eingeleitet. Es beschreibt Ziele und Grundsätze und bietet Instrumente an,

die alle Handlungsebenen und alle gesellschaftlichen Bereiche betreffen. Die Integration hat viele Dimensionen: soziale, kulturelle, wirtschaftliche, rechtliche und politische. (...) Wir fördern u.a. Modellprojekte von Kommunen für den Abschluss von Integrationsvereinbarungen zwischen Stadt und Zuwanderern. Sie vermitteln Eingliederungshilfen bei der Sprachförderung, für das Wohnen, für die Sicherstellung des Lebensunterhaltes

wanderung in ihrer Mehrheit nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie verfügen weder über das aktive noch das passive Wahlrecht bei Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europawahlen. EU-Bürger können aber an den Europa- und Kommunalwahlen teilnehmen. Wie Deutsche sind sie zwar von politischen Entscheidungen betroffen, können aber diese durch Wahlen nicht beeinflussen. Die Landesregierung hat sich deshalb auf

Steinbrück bei LAGA

„Beiräte leisten gute Arbeit“

Bei seinem Besuch der Mitgliederversammlung der LAGA NRW hat Ministerpräsident Peer Steinbrück die nordrhein-westfälische Integrationspolitik bilanziert. In seiner Rede würdigte er die Leistungen der in NRW lebenden Menschen mit Migrationshintergrund für die Gesellschaft, das kulturelle Leben und den sozialen Zusammenhalt. Gleich zu Beginn verwies der Ministerpräsident darauf, dass die frühere Rheinprovinz und die Provinz Westfalen Zuwanderung schon seit über 120 Jahren in größerem Ausmaß kennen. Deutschland sei schon lange ein Einwanderungsland. Er bekannte sich zum Zuwanderungsgesetz, das noch im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat zur Verhandlung liegt und versicherte, sich für ein baldiges Inkrafttreten einzusetzen.



und für die Gewinnung von Arbeitsplätzen.

Die Informationskampagne „Zugewanderte: Chance für Wirtschaft und Verwaltung“, ist ein wichtiges Projekt. Sie wird zur Zeit vom Wirtschafts- und Sozialministerium gemeinsam mit der Arbeitsverwaltung, den Kommunen, Kammern deutschen und ausländischen Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, Migrantenvertretungen und den Volkshochschulen umgesetzt.

Wie Sie wissen, haben Zuwanderinnen und Zuwanderer mit Ausnahme der Spätaussiedler zum Zeitpunkt der Zu-

wanderung in ihrer Mehrheit nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Sie verfügen weder über das aktive noch das passive Wahlrecht bei Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europawahlen. EU-Bürger können aber an den Europa- und Kommunalwahlen teilnehmen. Wie Deutsche sind sie zwar von politischen Entscheidungen betroffen, können aber diese durch Wahlen nicht beeinflussen. Die Landesregierung hat sich deshalb auf Bundesebene für die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts eingesetzt, um so den Migrantinnen und Migranten den Weg zur deutschen Staatsangehörigkeit und zur vollen politischen Teilhabe zu ebnet. (...)

Die Ausländerbeiräte haben bei der Integration sehr gute Arbeit geleistet. Das heißt aber nicht, dass die Möglichkeiten dafür nicht verbessert werden können, dass die Beiräte sich aktiver in die Kommunalpolitik einbringen und so die Integration besser fördern können.

Das Land kann und will den Kommunen keine Vorschriften darüber machen, von welcher Alternative die Gemeinden Gebrauch machen sollen. Das verbietet allein schon die kommunale Selbstverwaltung. Wir wollen aber informieren, anregen und motivieren. Das Land wird deshalb gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und auch mit Ihnen – der LAGA – Orientierungshilfen und Handlungsempfehlungen

für eine bessere Praxis in den Kommunen erarbeiten. (...)

Ich wünsche Ihren Bemühungen vollen Erfolg. An dieser Stelle möchte ich der LAGA und den Ausländerbeiräten herzlich danken für ihre bisherige Arbeit zur Verbesserung der Integrations- und Partizipationsmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten in unserem Land. Ohne ihre Arbeit, die stets konstruktiv war, die die Interessen beider Seiten, sowohl der Migranten als auch der aufnehmenden Gesellschaft im Blick hatte und die stets auf Konsens gerichtet war, hätten wir nicht die Fortschritte bei der Partizipation und Integration erreicht. (...)

Junge Migranten in Wirtschaft und Verwaltung

Ministerin Fischer verleiht „Chance.NRW“-Preise

Kurz vor Weihnachten 2003 konnte die nordrhein-westfälisch Sozialministerin Birgit Fischer zum zweiten Mal die Preise im Rahmen des Wettbewerbs Chance.NRW verleihen. Die Ministerin, die erst seit November 2002 für die Migrationspolitik der Landesregierung verantwortlich ist, zeigte sich in Duisburg hoch erfreut über die guten Leistungen junger Migrantinnen und Migranten in Nordrhein-Westfalen:

„Das große Echo auf unseren Landeswettbewerb und die hohe Qualität der Bewerbungen haben es gezeigt: Junge Zuwanderinnen und Zuwanderer sind eine große Chance für unser Land. Sie sind motiviert und qualifiziert, sprechen mehrere Sprachen und sind mit verschiedenen Kulturen vertraut – für Wirtschaft und Verwaltungen die Chance, langfristig einem Fachkräftemangel vorzubeugen und schon heute mehr Kundennähe

zu erreichen.“ so Birgit Fischer bei ihrer Laudatio.

Unter den vielen Bewerbungen waren sowohl Einzelpersonen wie auch Unternehmen und Verwaltungen. Die jeweils ersten Preise gewannen Polizeimeisterin Gülizar Kurt Karaçay aus Essen; Bankkaufmann Drazan Tabak aus Meinerzhagen; die Sahinler Group Europe aus Würselen und die Stadtverwaltung Duisburg. Sonderpreise wurden an die Erzieherin Serap Kaçar sowie an Oxana Lang, die in einer Immobilienfirma arbeitet, verliehen.

In der Begründung der Jury heißt es u.a.: „Frau Kurt Karaçay und Herr Tabak haben ihre interkulturellen Erfahrungen und ihre Mehrsprachigkeit als Chance begriffen und diese speziellen Fähigkeiten in ihrer beruflichen Ausbildung Gewinn bringend eingesetzt.

Die Sahinler Group Europe berücksichtigt in der Personalauswahl junge

Menschen mit Migrationshintergrund gezielt. Sie begreift Vielfalt als Bereicherung und fördert die gegenseitige Akzeptanz der multikulturellen Belegschaft.

Die Stadtverwaltung Duisburg bemüht sich mit vielfältigen Aktivitäten intensiv darum, den Anteil junger Zugewanderter in der Ausbildung zu erhöhen.“

Diese Beispiele seien ermutigend für die vielen anderen jungen Menschen mit Migrationshintergrund in NRW, meinte Ministerin Fischer.

Allerdings warnte sie auch davor, die nach wie vor gravierenden Probleme zu übersehen. So seien einerseits die schulischen Voraussetzungen junger Migranten in den vergangenen Jahren besser geworden, aber ihr Anteil an der Arbeitslosigkeit sei immer noch überdurchschnittlich hoch. Zusammen mit den RAA-Stellen werde man daher weiter gegensteuern, so Birgit Fischer.

Wen wählen eingebürgerte Deutsche?

Neue Studie zeichnet ausgeglichenes Wahlverhalten

„Hinzu kommt, dass Wähler sehr wohl zwischen dem unterscheiden können, was die Parteien für sie und ihr soziales Umfeld tatsächlich tun, und was sie dann ‚nur‘ versprechen. (...) Insofern spielen nicht nur die migrationsspezifischen Positionen der Parteien eine wichtige Rolle für das Wahlverhalten, sondern auch das Handeln der durch Parteien und Koalitionen geprägten Exekutive.“ So resümiert Andreas M. Wüst in der Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ seine Untersuchung zur Parteienbindung und zum Wahlverhalten von Migranten in Deutschland.

Das Datenmaterial wurde im Rahmen der Politbarometer-Umfragen für das ZDF während der 12 Monate vor der letzten Bundestagswahl erhoben. Zwischen Oktober 2001 und September 2002 wurden die Befragten auch gebeten etwas über ihre Herkunft zu sagen. So bekam man nicht nur einen differenzierten Blick auf einzelne Migrantengruppen, sondern auch Daten, die sich leicht mit den Antworten gebürtiger Deutsche vergleichen lassen.

Das Wahlverhalten von eingebürgerten Migranten ähnelt durchaus dem ge-

bürtiger Deutscher. So sind eher Menschen über 50 Jahre bereit, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, als unter 40jährige.

Bei allen Migranten ist eine sehr hohe Affinität zu den großen Volksparteien zu beobachten. Allerdings bestätigt Wüsts Untersuchung die Trends der einzelnen Migrantengruppen: Türkischstämmige Deutsche erklärten zu 62 % ihre Absicht SPD zu wählen. Dagegen wollten nur 23 % der Migranten aus Russland die Sozialdemokraten wählen, 73% aber die CDU.

Wüst stellt daher klar, „dass das Wahlverhalten eingebürgerter Personen keinesfalls zu ‚weitreichenden Verzerrungen‘ des Wahlergebnisses geführt hat.“

Nach der Bundestagswahl 2002 hatte die FAZ das äußerst knappe Ergebnis durch die starke Präferenz Eingebürgerter für die SPD erklärt und dies als „Verzerrung“ gewertet.

Das Gegenteil ist nach Ansicht Wüsts der Fall. Die Präferenzen verteilen sich unter allen Eingebürgerten gleichmäßig. Die starken Bindungen einzelner Gruppen zeigten dagegen bereits kleine Risiken. So gebe es Chancen für die SPD Aus-

siedler stärker für sich zu gewinnen, wenn deren soziale Lage thematisiert würde. Dagegen zeigten sich gläubige Muslime offen für konservative Politik.



*Jetzt lieferbar:
Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen LAGA NRW
Helmholtzstr. 28, 40215 Düsseldorf*

Sommer-VHS und Herbst-Kurse Ausländerbeirat Mülheim mobilisiert für Sprachförderung

Zufrieden schaut Enver Sen, Vorsitzender des Mülheimer Ausländerbeirates und LAGA-Kassierer, auf das Jahr 2003 zurück. Die Initiativen „seines“ Beirates haben Früchte getragen, die Aktivitäten führten zu einem umfangreichen Antrag des Mülheimer Ausländerbeirates. Darin wollten die Migrantenvertreter wissen, was die Stadt an Unterstützung zur Integration eigentlich anbietet. Es stellte sich heraus, dass insbesondere die Volkshochschule (VHS) und die RAA ein gutes Sprachkursangebot für Erwachsene bzw. Schüler haben. Doch während einer intensiven Debatte kam man in der Ruhrstadt auf die Idee eine „Sommer-VHS“ anzubieten. In kleinen Gruppen erhalten Kinder und Jugendliche eine zusätzliche Chance, die deutsche Sprache zu erwerben. Die Resonanz war positiv. Sowohl 2002 wie auch 2003 nahmen rund 60 junge Migranten an den Intensivkursen teil, begleitet von einem kleinen Rahmenprogramm, bei dem etwa die Stadtbibliothek vorgestellt wurde. 2003 beteiligte sich eine örtliche Stiftung an den Kosten.

Das Interesse und der Bedarf sind dennoch immer noch nicht gedeckt. Sen schlug daher vor, auch die Herbstferien für solche Intensivkurse zu nutzen. Sein Aufruf wurde positiv aufgenommen: Man konnte 2003 zusätzlich Kurse über Spenden finanzieren.

Gleichzeitig hat der Rat der Stadt Mülheim ein Gesamtkonzept zur besseren Kooperation aller Akteure verabschiedet.



Das Erbe der Einwanderer bewahren DOMiT soll zur Dauerausstellung werden

„Zwei, drei Jahre Alemana ...“ Der Gedanke, den wohl viele der angeworbenen sogenannten „Gastarbeiter“ vor dreißig bis vierzig Jahren hegten, ist zugleich Arbeitstitel für eine Dauerausstellung von DOMiT. Die Initiatoren wollen – unterstützt von der Kulturstiftung des Bundes – fünfzig Jahre Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Deutschland dokumentieren. Ähnlich wie schon die DOMiT-Ausstellung anlässlich des 40. Jahrestages der Unterzeichnung des Anwerbevertrages zwischen der Türkei und der Bundesrepublik soll die Einwanderungsgeschichte in ihrer Gänze dargestellt werden. Es soll dargestellt werden wie die Migration die Einwanderer, aber auch die Einwanderungsgesellschaft veränderte. Die Arbeitswelt ist dabei ebenso wichtig, wie die Lebensverhältnisse, die kulturellen und sozialen Vereine der Migranten wie ihre Mitarbeit in Gewerkschaften.

Neu ist aber, dass neben den türkischen Migranten auch alle anderen Arbeitsmigranten berücksichtigt werden sollen: Also auch diejenigen aus den anderen Anwerbeländern. Doch im vereinigten Deutschland ist das immer noch nicht die ganze Geschichte der Arbeitsmigration. Kannte doch auch die frühere DDR das Phänomen. Ende der 70er Jahre holte man ausländische Arbeitskräfte

aus den Vertragsstaaten Vietnam, Kuba, Angola und Mosambik. Als 1989 die Mauer fiel, arbeiteten immerhin 90.000 Migranten in der DDR. Viele blieben und wurden bald nach der Vereinigung zu Opfern rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt. Die Ereignisse von Hoyerswerda und Rostock waren ein Wendepunkt, denn ein großer Teil der ehemaligen Vertragsarbeiter kehrte in die Herkunftsländer zurück.

Ausstellungsobjekte gesucht

Um die Vielfalt der Migrationsgeschichte jedoch darstellen zu können, brauchen die Projektleiter aber noch jede Menge Material. Vom Arbeitsvertrag, über Familienfotos bis hin zu Protokollen von Vereinssitzungen und persönlichen Erinnerungsstücken ist alles von Interesse für die Ausstellung. Die Initiatoren freuen sich über Leihgaben genauso wie über dauerhafte Überlassung der Materialien. Die LAGA NRW unterstützt das Projekt Migration und bittet alle Migrantenvertretungen ebenfalls für das Museumsprojekt und zur Überlassung von Ausstellungsstücken zu werben.



Kontakt:
DOMiT, Projekt Migration
Bonner Straße 211, 50968 Köln
Tel.: 0221 - 800 28 30
e-mail: projektmigration@domit.de

Modellprojekt „Interkulturelle Stadtentwicklung“

Vesper: „Bessere Integration von Migranten braucht Zeit – aber sie tut den Städten gut!“

Die Ergebnisse eines Modellprojekts „Interkulturelle Stadtentwicklung“ hat der nordrhein-westfälische Städtebauminister Michael Vesper in der letzten Sitzungswoche des Jahres 2003 im Ausschuss für Migration des Landtags vorgestellt. „Die Beteiligung von Zugewanderten bei Themen der Stadt- und Wirtschaftsentwicklung ist verschwindend gering. Dabei gestalten Migranten in den Innenstädten und Stadtteilzentren als Eigentümer, Gewerbetreibende und Bewohner die Städte ganz erheblich mit“, stellte Vesper fest. Wie Migranten besser in Stadtplanungsprozesse eingebunden werden, sollte ein im Auftrag des Städtebauministeriums durchgeführtes Modellprojekt ermitteln. Dabei wurden über zwei Jahre Modellprojekte in Königswinter, Bergkamen und Duisburg durchgeführt und ausgewertet. Fazit des Abschlussberichts: Es lohnt sich, Zeit und Personal in die Integration von Zuwanderern zu investieren, weil sie unsere Städte beleben und stabilisieren.

Auch wenn im nun vorliegenden Abschlussbericht keine Patentrezepte enthalten sind, so werden doch handlungsorientierte Vorschläge gemacht. Die Autoren des Berichts – die Stadt- und Regionalplanung Dr. Paul G. Jansen GmbH, Köln – zeigt Wege auf, wie sich Verbesserungen erreichen ließen.

- Stadtentwicklungs- bzw. Entscheidungsprozesse wurden durch gezielte Informationen für unterschiedliche Zielgruppen transparenter gestaltet.
- Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung und bei öffentlichen Institutionen konnten dazu beitragen, Hemmschwellen abzubauen.
- Anregungen und Ideen zu aktuellen Planungen und gemeinsame Lösungswege ließen sich entwickeln.
- Akteure wurden zusammengeführt und die Bildung von Interessenvertretungen unterstützt.
- Bei den Zugewanderten konnte ein Bewusstsein für die eigene Verantwortlichkeit geweckt werden.

Entscheidend für eine erfolgreiche Integration von Zuwanderern, so die Autoren, ist eine gute Kommunikationsstruktur. Dazu werden geeignete Kontaktpersonen aus den örtlichen Ausländerbeiräten, Vereinen etc. benötigt.

„Zugewanderte in Prozesse der Stadtentwicklung einzubeziehen, ist zeit- und personalintensiv. Wir müssen es aber dringend unterstützen, um das Entstehen ethnischer Kolonien und Gettoisierung zu verhindern. Eine bessere Integration tut den Städten gut“, so Vesper. *Info: Die Dokumentation „Modellprojekt „Interkulturelle Stadtentwicklung“ ist zu beziehen über die Gemeinnützigen Werkstätten Neuss (GWN), Fax: 02131/74502132 und C@all NRW, Tel: 0180/3100110 SB-300*

Diagnose auf Deutsch CDU-Essen fordert Ende der Türkischkurse für Mediziner

„Diese Äußerung ist unangemessen und nicht zeitgemäß.“ Enttäuscht und verärgert reagierte Muhammet Balaban, Vor-



sitzender des örtlichen Ausländerbeirates, auf Äußerungen der Essener CDU, wonach die Kurse an der Uni Essen-Duisburg „Türkisch am Krankenbett“ eingestellt werden sollten. Vorgesprochen war der Vorsitzende der Jungen Union der Ruhrstadt, Matthias Hauer. So gebe man den Migranten das falsche Signal, dass sie die deutsche Sprache nicht mehr erlernen müssen. Insofern seien die Kurse integrationsfeindlich.

Das Gegenteil sei der Fall, kontert Balaban, der auch stellvertretender Vorsitzender der LAGA NRW ist. Ärzte und Pfleger wollten selber türkisch lernen, um in Notfällen auch immer die richtige Diagnose stellen und entsprechend helfen zu können. „Diese Kurse wirken integrierend, weil die Menschen sich akzeptiert fühlen.“ so Balaban. Er werde zunächst das Gespräch mit der CDU suchen. Aber auch der gesamte Ausländerbeirat müsse überlegen, was getan werden sollte, angesichts der diffamierenden Äußerungen.

Bleibt TRT-INT im Kabelnetz? Entscheidung der LfM im März

Auf ihrer Mitgliederversammlung am 29. November 2003 verabschiedeten die LAGA-Delegierten eine Resolution zum Erhalt des türkischsprachigen Fernsehsenders TRT-INT im NRW Kabelnetz. Hintergrund war eine entsprechende Ankündigung der Landesanstalt für Medien. Der Kabelbetreiber „ish“ hatte dies der Vertretung des Senders in Berlin mitgeteilt.

Nach Auffassung von Turan Özküçük, Mitglied im Ausländerbeirat Köln, eine fatale Entscheidung. Handelt es sich doch bei dem Sender TRT-INT um den einzig türkischsprachigen Sender, der sein Programm gerade auf das Informationsbedürfnis der in Deutschland lebenden Türiinnen und Türiren richtet. Ein wichtiger Beitrag zur Integration.

Noch ist das Programm über Kabel zu empfangen. Doch Ende März wird die Landesanstalt für Medien eine Entscheidung treffen. In einem Schreiben an die LAGA NRW teilte Ministerpräsident Peer Steinbrück mit, dass er aufgrund der Unabhängigkeit der LfM keinen Einfluss auf die Entscheidung hat. Nun ist der LAGA Vertreter in der Landesmedienkommission am Zug. Engin Sakal, der demnächst offiziell in die Kommission berufen wird, darf voraussichtlich bei der entscheidenden Sitzung bereits mitstimmen. Vielleicht gelingt es ihm auch, die anderen Mitglieder der Kommission für das Anliegen zu gewinnen.

Tagesseminare für kommunale Migrantenvertretungen

- Tue Gutes und rede darüber Seminar zu Öffentlichkeitsarbeit
- Lust am Auftritt: Selbstbewusst & kompetent repräsentieren

Die Seminare bieten eine gute Einführung in das jeweilige Themenfeld. Anschauliches Material und praktische Übungen sind auf die Bedürfnisse von kommunalen Migrantenvertretungen abgestimmt. Nach Absprache werden örtliche Aspekte mit berücksichtigt.

Konzeption und Durchführung

Susana dos Santos Herrmann
Journalistin
Neunkircher Straße 12, 51107 Köln
Tel.: 0221 – 690 62 11
Fax: 0221 – 690 62 12
Mail: sherrmann@aol.com

Mehr Mitsprache, bessere Erfolge Elternkongress in Essen

Am 14. Februar 2004 findet im Kongresszentrum der Messe Essen der erste Elternkongress NRW statt. Der vom Integrationsbeauftragten der Landesregierung, den RAAAs und auch der LAGA NRW initiierte Kongress soll Eltern mit und ohne Migrationshintergrund zusammen bringen. Ziel ist, die Bedeutung der Elternarbeit für den Schulerfolg der Kinder einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Eltern müssen wissen, was ihre Kinder in der Schule lernen.

Zugleich sollen Eltern an diesem Tag Anregungen bekommen, wie sie ihre Kinder im Schulalltag unterstützen können. Die Vorstellung von Modellprojekten zur Einbeziehung von Eltern nicht-deutscher Herkunft dient dem Erfahrungsaustausch und soll zu weiteren, lokalen Projekten ermutigen.

Alle Veranstalter sind sich einig, dass der Kongress im Februar nur der Auftakt zu intensiver Elternarbeit mit und von Migranten sein kann. Denn nicht erst seit PISA ist bekannt, dass die Schulerfolge von Migranten nur durch ein abgestimmtes Maßnahmenbündel und unter Einbeziehung der Eltern verbessert werden können.

Elternkongress, 14. Februar 2004,

Kongresszentrum Messe Essen.

Weitere Infos unter:

www.integrationsbeauftragter.nrw.de

beraberce – gemeinsam Projekt der Thomas-Morus-Akademie

Eine neue Initiative der Thomas-Morus-Akademie in Bensberg bei Köln startete Ende 2003. Das Projekt „beraberce – gemeinsam“ bietet in erster Linie mehrtägige Seminare zu Aspekten des interkulturellen Zusammenlebens. Dr. Wolfgang Isenberg, Leiter der Akademie, definiert das Ziel so: „Es soll ein Forum für das gemeinsame interkulturelle Lernen von Schülern und Studierenden unterschiedlicher Herkunft bieten.“ Die Themenfelder der Seminare umfassen Fragen zur Einwanderungsgeschichte nach Deutschland, zur Integrationspolitik, zum Dialog der Religionen, zu besonderen kulturellen Aktivitäten der Migrantengruppen etc.

Informationen zum Programm können unter der Interadresse der Thomas-Morus-Akademie abgerufen werden:

www.tma-bensberg.de

Ansprechpartner des Projekts

beraberce – gemeinsam

Filiz Elüstü, E-Mail:

projekt.beraberce@t-online.de oder

Dr. Gregor Taxacher

taxacher@tma-bensberg.de

Termine für das Jahr 2004

6. März 2004

Sitzung des LAGA-Hauptausschuss

2. - 4. Juli 2004

Bocholter Forum

10. Juli 2004

Sitzung des LAGA-Hauptausschuss

18. September 2004

LAGA-Mitgliederversammlung

Jung und Alt Verein aus Köln-Nippes holt Preis für Generationendialog

Über eine Auszeichnung des „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ verbunden mit einem Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro konnte sich der Geschäftsführer des Vereins Jugendhilfe und Schule in Köln-Nippes Dr. Wolfgang Zschke freuen. Der Verein, der seit langem schulbegleitende Maßnahmen und Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung anbietet, bekam die Auszeichnung für sein Engagement in Sachen Generationendialog. Bereits seit über zehn Jahren betreuen Jugendliche mit Migrationshintergrund Senioren in Nippes, gehen mit ihnen einkaufen oder unterhalten sich einfach nur. In regelmäßigen Treffen werten die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Erfahrungen aus.

Das Langzeitprojekt ist auch in einem Buch ausführlich dokumentiert. Doch bietet die rund 300 Seiten starke Publikation deutlich mehr als das: Neben einem Katalog mit Fotos und Kurztexten der Senioren und ihrer jugendlichen Betreuer, gibt es auch zeitgeschichtlich interessante Interviews und Gespräche der jungen Menschen mit den Senioren über ihre Erinnerungen an die eigene Jugend, den Weltkrieg und die Nachkriegszeit. Weiter werden über die Dokumentationen der Auswertungstreffen praktische Tipps zur Durchführung ähnlicher Projekte gegeben. Auch eine wissenschaftliche Auswertung des Projektes wird geboten, die die Bedeutung des Projektes für die Entwicklung der Jugendlichen einerseits und den Perspektivwechsel bei den Senioren verdeutlicht.

Das Buch ist zu beziehen über:

Jugendladen Nippes,

Dr. Wolfgang Zschke,

0221-727275



Impressum

Herausgeberin:
Landesarbeitsgemeinschaft
der kommunalen
Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen
(LAGA NRW)
Helmholtzstr. 28
40215 Düsseldorf
Telefon: 0211 / 994160
Fax: 0211 / 9941615
e-Mail: info@laga-nrw.de
www.LAGA-NRW.de

Die LAGA NRW wird mit Mitteln des Ministeriums für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen gefördert.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder. Nachdruck – auch auszugsweise – mit Quellenangabe bei Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Die Herausgeberin behält sich vor, Leserbriefe und unaufgefordert zugesandte Beiträge zu kürzen.

Redaktion:
Ercan Atay, Filippo Giletti,
Tayfun Keltek, Claus-A. Kürschner,
Ercan Öztasquin, Franz Paszek,
Siamak Poubahri, Engin Sakal
Susana dos Santos Herrmann,
Enver Sen.
(redaktionelle Koordination)

V.i.S.d.P.: Franz Paszek,
Geschäftsführer der LAGA NRW

Konzeption:
Forschungsgruppe FOKUS, Köln
Druck: Druckhaus Süd, Köln